Nach der einschlägigen Medienkampagne gegen die Aktion #allesaufdentisch löschte YouTube nun zwei Videos der Aktion und kassierte dafür gestern vom Landgericht Köln einen Rüffel. „Feigheit“ und „Realitätsverlust“ sieht der Sprachwissenschaftler **Dennis Kaltwasser** in der Pandemie-Berichterstattung der großen Medien. Kaltwasser, der sich an der Aktion #allesaufdentisch beteiligt, beleuchtet im NachDenkSeiten-Interview die tendenziöse „Berichterstattung“ in Sachen #allesaufdentisch und zeigt auf, wie Medien mit Sprache manipulieren.
Von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/211018_Dennis_Kaltwasser_Ein_gesinnungsjournalistisches_Totalversagen_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

**Herr Kaltwasser, Sie haben bei der Aktion #allesaufdentisch mitgemacht.
In Ihrem Video-Interview geht es um Sprache, um Manipulation, auch Medienkritik.
Mittlerweile haben Medien auf die Aktion reagiert.
Was beobachten Sie?**

Im Grunde muss man leider ganz überwiegend ein unbeirrtes Festhalten an dem im März 2020 eingeschlagenen Kurs feststellen. Es gibt mit sehr wenigen Ausnahmen vorwiegend Beiträge, die auf die Abwertung der Aktion als Ganzes oder einzelner beteiligter Akteure abzielen. Die Diskussionsverweigerung, die wir mit der Aktion unter anderem ja kritisieren, wird dabei auf groteske Weise gleichzeitig bestritten und demonstriert.

Würden Sie das bitte konkretisieren?

Wie bereits am Namen leicht erkennbar, besteht das Ziel der Aktion darin, ein erneutes Gesprächsangebot zu machen, damit relevante Themen und kritische Perspektiven diskutiert werden können, die aus unserer Sicht in der öffentlichen Debatte unterrepräsentiert oder gar nicht vorhanden sind.

Viele Bürger sehen das offensichtlich auch, wie aus den zahlreichen Kommentaren unter den YouTube-Videos ersichtlich wird.

Die Kommentare zeigen das in der Tat. Anders kann man auch die angeschlossene Petition, die einen „Runden Tisch“ fordert, eigentlich nicht verstehen. Aber anstatt diese Forderung von mittlerweile immerhin 120 Kulturschaffenden, Wissenschaftlern und Experten ernstzunehmen und sich auf die inhaltliche Ebene zu begeben, ist zu beobachten, dass Medien auf infantile Weise abwimmeln, psychologisieren und mit den üblichen Kampfbegriffen hantieren.

Haben Sie Beispiele? Welche Beiträge sind Ihnen besonders ins Auge gefallen?

Was zunächst besonders ins Auge fällt, ist der identische Aufbau und Wortlaut einer großen Anzahl der Berichte, die sich alle auf eine dpa-Meldung stützen (Norbert Häring hat den Vorgang im Detail beschrieben). Der Grund dafür mag darin liegen, dass hier schon reichlich attraktive Munition für ein Abwehrmanöver mitgeliefert wird. Schon im ersten Satz der Meldung erfahren wir nämlich, dass die Aktion „umstritten“ ist. Eine beachtliche Leistung: Stabil verfügbar waren die 20 Stunden Videomaterial gegen 11:00 Uhr, der Artikel in der *Zeit* erschien um 15:15. In diesen gut vier Stunden wurden also bereits 20 Stunden Videomaterial rezipiert, es wurde geklärt, dass diese als umstritten gelten müssen, es wurde ein Experte konsultiert, eine *dpa*-Meldung wurde produziert, ausgeliefert und in einen *Zeit*-Artikel verwandelt und veröffentlicht.

Eine interessante Beobachtung. Da hatten die Journalisten der *dpa* sich wohl sehr schnell eine Meinung „gebildet“.

So ist es. Da man zu diesem Zeitpunkt in Wirklichkeit über den Inhalt der Videos natürlich gar nichts sagen konnte, erfahren wir stattdessen, dass Volker Bruch zu den Drahtziehern gehört, dass dieser schon an der „kontroversen“ Aktion #allesdichtmachen beteiligt war, dass auf dieser Gruppe der Vorwurf lastet, „das Coronavirus zu verharmlosen“ und dass mehrere Teilnehmer jener Aktion (um die es hier eigentlich gar nicht geht) sich später „distanzierten“.

Gestatten Sie mir kurz einzuhaken: Einige Teilnehmer der Aktion #allesdichtmachen haben ihre Videos zurückgezogen, das ist bekannt. Aber es gab auch starken Druck.

Ja, einige wurden gründlich gemobbt, unter anderem hat man ihnen mit Jobverlust gedroht – das wird dann aber bei den entsprechenden Berichten über den Rückzug der Teilnehmer nicht erwähnt.

Zurück zur *dpa*-Meldung: Diese kommt nach den eröffnenden persönlichen Angriffen zu einem Thema, das auf keinen Fall fehlen darf: Verschwörungsideologie. Die *dpa* kennt hier

zum Glück einen echten Experten: Josef Holnburger. Dieser hat 2017 immerhin einen Bachelorabschluss erworben, für die *dpa* gilt er deshalb wohl als waschechter „Wissenschaftler“ – ganz im Gegensatz zu den banalen „Gesprächspartnern“ von #allesaufdentisch, von denen mehrere bereits „durch Äußerungen aufgefallen“ sind, die „die Gefahr durch das Coronavirus verharmlosen“ – genau wie die bereits erwähnten Halunken von #allesdichtmachen.

Da hilft wohl nur noch Ironie.

Jetzt mal ernsthaft: Holnburger, der sich zwar seit vier Jahren im Masterstudium befindet, aber trotzdem auch nicht mehr als vier Stunden Zeit für das Ansehen der Videos hatte, kommt zu dem Urteil, dass die Aktion ein „schädliches Narrativ“ befeuert (schädlich für wen oder was?), dass sie „wissenschaftliche Minderheitenmeinungen über die Pandemie-Leugner-Szene hinaus“ verbreitet und überhaupt, dass die Beiträge durch einen „wissenschaftlichen Anschein“ aufgewertet würden. Es folgen noch ein paar Belehrungen über „false balance“. Und dann erklärt der Student Holnburger gestandenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die zusammen hunderte Artikel publiziert haben und teilweise selbst renommierte Fachzeitschriften herausgeben, wie Wissenschaft seiner Auffassung nach eigentlich funktioniert. Was soll denn jetzt etwa ein Ausnahmeintellektueller wie Jochen Kirchhoff, der übrigens auch Wissenschaftshistoriker ist und in seinem Beitrag über das Thema „Fremdbestimmung“ spricht, mit solchem pseudowissenschaftlichen Sondermüll anfangen? Abgerundet wird das Stück mit dem Hinweis, dass zwei der 55 „Gesprächspartner“ sehr wohl „in der Pandemie regelmäßig in großen Medien gehört“ wurden – man könnte also fragen: Worüber beschweren die sich eigentlich?

Soweit also die *dpa*-Vorlage, die an diesem Tag ganz oder in Teilen von 249 Publikationen aufgegriffen wurde. Wäre dieser „Journalismus“ nicht so traurig und gleichzeitig effektiv, man könnte darüber lachen.

Weitere Beispiele?

Da gibt es leider sehr viele. Die *Süddeutsche Zeitung* bezeichnet die Aktion als „hochgefährliche Querdenker-Folklore“ und wundert sich darüber, dass der Titel der Aktion suggeriere, dass noch nicht alles offen auf dem Tisch liege, dabei werde seit Monaten kein anderes Thema so breit mit allen seinen Facetten diskutiert.

Genau hier scheint der Kern des Problems zu liegen. Wenn Vertreter großer Medien meinen, es würde eine „Diskussion“ stattfinden, scheint ein sehr eigenwilliges Verständnis

von Diskussion durch. Zu einer anständigen Diskussion gerade bei einem Thema, das so weitreichend ist wie „Corona“, gehört es, dass auch sich fundamental voneinander unterscheidende Standpunkte aufeinandertreffen. Es gehört dazu, dass auch „unbequeme“ Persönlichkeiten innerhalb der Medienöffentlichkeit zu Wort kommen und nicht nur Personen, die vielleicht eine etwas abweichende Meinung vertreten, aber im Großen und Ganzen doch eher konform auftreten und sich äußern. Wie sehen Sie das?

Dieses eigenwillige Verständnis von Diskussion, das Sie hier ansprechen, kommt nicht von ungefähr. Das Phänomen eines engen, aber belebten Meinungskorridors und seine machtstabilisierende Funktionsweise beschreibt Noam Chomsky in „The Common Good“ so: „Der intelligente Weg, Leute passiv und gehorsam zu halten, besteht darin, das Spektrum erlaubter Perspektiven streng zu begrenzen, aber *innerhalb dieses Spektrums* eine lebhafte Debatte zu inszenieren und die kritischeren und abweichenden Ansichten sogar zu fördern. Das gibt den Menschen das Gefühl, dass es ein freies Denken gibt, während die Grundannahmen des Systems durch die Begrenzung des Spektrums der Debatte sogar noch verstärkt werden.“ Die Anwendung dieser Technik können wir ja unter anderem in unseren Talkshows jeden Tag beobachten. Der Journalist Walter van Rossum hat das bereits 2004 in seinem Buch „Meine Sonntage mit Sabine Christiansen“ sehr anschaulich illustriert.

Nochmal zu den Beispielen bitte.

Während also die *Süddeutsche* findet, es dürfe doch alles gesagt werden, löscht *YouTube* gleichzeitig – allerdings von der *Süddeutschen* unbemerkt – drei der Beiträge von #allesaufdentisch. Die *FAZ* titelt „Ein Kessel Schwurbel“, der *Deutsche Journalistenverband* arbeitet sich, wie auch der *Bayerische Rundfunk*, mit Kontaktschuldargumenten am Gespräch zwischen Michael Meyen und Volker Bruch ab. Die *Frankfurter Rundschau* benutzt unter dem Titel „Schauspieler Möhring und Bruch mit wirrer Corona-Kritik im Netz“ das gleiche Argument, nur diesmal gegen Milosz Matuschek . Und die *taz* bezeichnet den Kardiologen Peter McCollough, immerhin Verfasser von 580 Fachpublikationen und Herausgeber der Journals *Reviews in Cardiovascular Medicine* und *Cardiorenal Medicine,* als „Quacksalber und Scharlatan im Abseits“ – wie gesagt, die Liste ist lang.

In der *taz* wird darauf verwiesen, dass es sich bei den Video-Interviews ja um „lange“ Beiträge handele und unter anderem deshalb das Interesse rasch ablaufen würde. Bei der Aktion #allesdichtmachen haben Medien den Schauspielern noch vorgeworfen, dass in den kurzen 2-minütigen Videos quasi kein Inhalt zu finden sei. Jetzt packen Experten wie Sie viel Inhalt in die Videos, aber auch damit scheinen Medien Probleme zu haben.

Wenn ich sowas lese, denke ich mir: geschenkt. Es geht der *taz* ja leicht erkennbar nicht

darum, mit konstruktiver Kritik das Angebot zu verbessern oder in einen Dialog zu gehen. Wenn die Aufmerksamkeitsspanne des durchschnittlichen *taz*-Redakteurs für die vorgebrachten Argumente nicht reicht, ist das zwar bedauerlich, aber nicht zu ändern.

Die Kritik der Kulturschaffenden, aber auch die Kritik von Ihnen und den anderen Wissenschaftlern ist letztlich auch eine Kritik an den Medien. Sie und Ihre Mitstreiter haben den Weg über die Aktionen gewählt, weil Sie sonst kein Gehör finden, oder?

So ist es, wobei „kein Gehör finden“ ja zunächst bloßes Desinteresse an den Themen suggeriert.

Die Formulierung wird also dem Problem nicht gerecht?

Nein, es ist ja schlimmer. Die Begrenzung des Diskussionsraums wird mittlerweile nämlich mit ganz handfesten Mitteln durchgesetzt. Da haben wir über die bereits angerissene diffamierende Berichterstattung hinaus zunächst die Praktiken des Shadowbannings, und wenn das nicht reicht der offenen Zensur .

„Shadowbanning“, „offene Zensur“? Was meinen Sie?

Facebook hat etwa vor der Wahl alle 150 Kanäle in Verbindung mit der Querdenken-Initiative mit der Begründung entfernt , diese seien „für eine koordinierte Schädigung der Gesellschaft“ verantwortlich. Die Plattform *Vimeo* hat den kompletten Kanal von #allesaufdentisch nach kurzer Zeit schlicht gelöscht. *YouTube* entfernt am laufenden Band ganze Kanäle (jüngst zum Beispiel RT DE mit 600.000 Abonnenten) und Videos, bei uns etwa das Gespräch mit dem Neurobiologen Gerald Hüther zum Thema „Angst“ und das Gespräch mit dem Mathematikprofessor Stephan Luckhaus zum Thema „Inzidenzwert“, auf dem ja immerhin das Verordnungsgebäude der sogenannten Bundesnotbremse aufgebaut war.

Nun hat YouTube ja auch zwei Videos der Aktion #allesaufdentisch gelöscht. Wie haben Sie und Ihre Mitstreiter den Vorgang aufgenommen? Und: Wie ist der Stand der Dinge?

Ich kann nicht für die anderen Teilnehmer sprechen, ich persönlich bin zwar sehr frustriert, aber gleichzeitig nicht überrascht. Es ist aus meiner Sicht merkwürdig, dass es ausgerechnet diese Beiträge trifft, aber dass es auf YouTube zu Löschungen kommen würde, war im Hinblick auf deren Zensurfanatismus in den letzten Monaten erwartbar. Jeana Paraschiva und Volker Bruch bringen in ihrer Reaktion sehr gut auf den Punkt, was die Löschungen eigentlich zeigen: „Wir versuchen, mit den Menschen ins Gespräch zu

kommen. Das ist Demokratie. Unsere Stimmen auszulöschen, ist das traurige Gegenteil davon.“ #allesaufdentisch ist jedoch mit rechtlichen Mitteln gegen das Entfernen der Videos vorgegangen und vor wenigen Minuten [Anmerk. Red.: am Montag] hat das Landgericht Köln per einstweiliger Verfügung beschlossen, dass die Löschung rechtswidrig war.

YouTube und andere Plattformen löschen ziemlich viel.

Der Konzern hat am 29. September bekanntgegeben, bereits 130.000 impfkritische Videos gelöscht zu haben. Auch hier gibt Norbert Häring einen guten Überblick über Ausmaß und Hintergründe dieses Zensurregimes. Und wenn das immer noch nicht reicht, kommen Haus- und Praxisdurchsuchungen bei Ärzten, Richtern und Zeugen hinzu, wie etwa im Fall des Weimarer Familienrichters Christian Dettmer. Zu den massiven Einschüchterungsversuchen gehören außerdem zahlreiche Kontosperrungen bei regierungskritischen Journalisten und Wissenschaftlern sowie Angriffe der Landesmedienanstalten auf ganze Medienportale.

Wie passt all das zu einem freien und demokratischen Gemeinwesen?

Gar nicht. Solche Vorgänge sind für eine demokratische Gesellschaft eigentlich undenkbar. Eine wirklich unabhängige Presse würde bei Vorfällen dieser Art entsprechend kritische Schlagzeilen produzieren.

Aus Sicht vieler Medienvertreter trifft es bei den von Ihnen geschilderten Beispielen ja „die Richtigen“ – also kein Grund, kritisch zu berichten.

Dieser Eindruck entsteht. Deshalb wird in den Publikumsmedien darüber kaum ein Wort verloren.
Eine wiederkehrende Frage in der Berichterstattung zu #allesaufdentisch lautet sinngemäß: „Was ist euer Problem? Es kann doch über alles frei diskutiert werden, die Themen sind doch alle auf dem Tisch!“ Das ist ein Ausmaß an Feigheit und/oder Realitätsverlust, zu dem mir tatsächlich nicht mehr viel einfällt. Wirklich neu sind an diesem gesinnungsjournalistischen Totalversagen allerdings nur der Umfang und die Tragweite, wir konnten ähnliche Verfallsprozesse ja schon lange vorher beobachten, etwa in der Berichterstattung zu zahlreichen geostrategischen Themen oder über Julian Assanges unfassbares Gerichtsverfahren.

Sehen Sie sich in Ihrer Kritik, die Sie in dem Video-Interview äußern, durch die Reaktion der Medien bestätigt?

Leider ja.

Wie müsste denn aus Sicht eines Journalismus, der auf Qualität setzt, die Reaktion ausfallen?

Journalistische Qualität kann man in vielen Dimensionen beurteilen, hier geht es jedoch um ganz grundlegende demokratierelevante Prinzipien journalistischer Arbeit. Zunächst müssten die ganzen kindischen *ad-hominem*-Attacken, also Angriffe, die auf die Person gerichtet sind, eingestellt werden, es gibt auf der Sachebene genug zu diskutieren. Wenn man eine unabhängige Presse als wichtige Kontrollinstanz der repräsentativen Demokratie begreift, sollte ihre erste Aufgabe darin bestehen, Veränderungen der rechtsstaatlichen Ordnung kritisch zu begleiten. Wenn also in den Beiträgen der Aktion die Validität des Inzidenzwertes als Grundlage eines Verordnungsautomatismus diskutiert wird oder auch Themen wie Risikobewertung oder Rechtsstaat und Grundrechte vorkommen, dann wäre es eine journalistische Aufgabe, zunächst die Argumentation wiederzugeben, ohne den Sinn zu entstellen.

Genau das werfen viele Medienkritiker und Teile des Publikums den Medien vor: Dort wo Objektivität angebracht wäre, nicht objektiv zu sein, sondern parteiisch, stimmungsschürend.

Diese Vorwürfe sind berechtigt. Journalisten dürfen selbstverständlich auch eine Meinung haben. Aber diese gehört in meinungsorientierte Textsorten, etwa den Kommentar. Dort können sich Journalisten dann mit offenem Visier mit den Argumenten auseinandersetzen. Und sie sollten etwa bei dem genannten Thema natürlich auch über Hintergründe berichten, eine ausgewogene Auswahl von verfassungsrechtlichen und medizinstatistischen Experten zu Wort kommen lassen und eine gesellschaftliche Debatte fair abbilden. Ich kann ehrlich gesagt nicht verstehen, warum man das überhaupt erklären muss, diese Anforderungen an einen kritischen Journalismus erscheinen mir selbstevident.

Der Konflikt zwischen Medien und ihren Kritikern scheint festgefahren. Die meisten Journalisten sind sehr gut ausgebildet. Es ist ja nicht so, dass ihnen nicht klar wäre, dass eine Meinung nicht in eine Nachricht gehört. Sie wissen das, instrumentalisieren aber anscheinend bewusst ihren Beruf, um die Berichterstattung im Sinne ihrer eigenen Überzeugungen zu lenken. Dazu gibt es übrigens auch entsprechende Studien.

Wir sehen da aus meiner Sicht eine fortschreitende Veränderung in der Selbstwahrnehmung der entsprechenden Journalisten. Ich denke, viele von ihnen fassen es mittlerweile als ihre Verantwortung und Aufgabe auf, zu Nachrichten eine Haltung einzunehmen – die sie dann eben auch in nachrichtlichen Beiträgen durchschimmern lassen. Sofern es um die Beweggründe und Affekte einzelner Menschen geht, aus denen sich „die

Medien“ letztlich zusammensetzen, kann man darüber allerdings erstens nur Mutmaßungen anstellen und man muss zweitens zwischen den verschiedenen Akteuren im Mediensystem unterscheiden. Die Annahme, dass hier jemand gerne anders berichten würde, sich aber nicht traut, scheint mir das Phänomen jedenfalls nicht gut zu beschreiben.

Warum?

Auf der Ebene der Redakteure spielt sicher die bereits in den 90er Jahren einsetzende Tendenz zum Haltungsjournalismus, der auch eine arbeitssoziologische Dimension hat und der unter anderem von Uwe Krüger gut beschrieben wurde, eine wichtige Rolle. Attraktive Identitätsangebote, die sich aus der aktuellen Spaltung der Gesellschaft ergeben, tun dann ihr Übriges (WIR sind solidarisch, verantwortungsbewusst, vernünftig, opferbereit, vertrauen „der Wissenschaft“ – deshalb dürfen WIR am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, haben Arbeit, bekommen Bestätigung, haben das Gefühl, auf der richtigen Seite zu stehen, ecken politisch nirgendwo an).

Für die oben beschriebenen Zensurpraktiken bei Konzernen wie Facebook, YouTube, aber auch in den Printmedien sind sicher eher Eigentumsverhältnisse, die Konzentration im Medienmarkt und die Zusammensetzung der Investments in Konzernen wie Alphabet, für die wiederum Vermögensverwalter wie BlackRock verantwortlich zeichnen, eher ausschlaggebend.

Nebenbei bemerkt: Mein letzter Satz gehört eigentlich zum Grundstock solider linker Klassenanalyse. In der aktuellen Situation zögern Journalisten wohl keine Sekunde, so eine Aussage als „wirres Raunen“ zu bezeichnen oder – noch schlimmer – als „antisemitisches Verschwörungsgeschwurbel“.

Konstruktive Debatten laufen in aller Regel so: Es gibt Argumente, dann gibt es Gegenargumente.
Die Debatte läuft so lange, bis alle Argumente #aufdemtisch sind und darüber nach den Prinzipien von Rede und Gegenrede diskutiert wurde. Die Öffentlichkeit kann sich so ein Bild machen und irgendwann für sich selbst entscheiden, welchen Argumenten sie folgt und welchen nicht.
Wie läuft es in den Medien? Welche „Debatten“, welche „Diskussionen“ sind dort zu beobachten?

Was Sie da skizzieren, ist in der Tat das Idealbild eines öffentlichen Diskurses, der auf kommunikativer Vernunft fußt, wie Jürgen Habermas es nennt. Leider sind politische Debatten in der öffentlichen Kommunikation in aller Regel überhaupt nicht so organisiert.

Sondern?

Eine Rolle spielen vor allem Definitionsmacht, der Zugang zu Akteuren und Informationen sowie die Reichweite einer Person oder Institution, die sich im öffentlichen Raum äußern möchte. Außer Acht lassen darf man außerdem nicht, dass vielfältige Strategien der Manipulation in der öffentlichen Kommunikation zum Einsatz kommen. Vor allem die zu beobachtende gesellschaftliche Spaltung, die ja mit viel Energie vorangetrieben wird , bereitet schwere Probleme , wenn es darum geht, Kritik und Forderungen einzelner Gruppen in der öffentlichen Kommunikation angemessen zu formulieren und Lösungen auszuhandeln.

Wie schon erwähnt, ist das eigentlich nichts Neues. Neu ist allerdings, dass in der aktuellen extremen Situation diese Mechanismen für das Publikum immer deutlicher erkennbar werden und der dadurch drohende Kontrollverlust zu den oben beschriebenen Exzessen im Kampf um die Deutungshoheit führt.

Sie sagen, wir müssen über die Coronamaßnahmen reden, Medien reagieren mit den Ausrufen: Schwurbler! Coronaleugner! Was ist die Strategie hinter diesem Vorgehen?

Es geht hier um die argumentationsfreie Ausgrenzung von unerwünschten Diskussionsteilnehmern. Shirin Soraya und ich hatten in unserem Beitrag ja kurz den Begriff des Leugners besprochen, in der bereits diskutierten *dpa*-Meldung bringt Herr Holnburger auch den Pandemieleugner ins Spiel. Worum es da geht, wird deutlich, wenn wir uns stattdessen mal einen Zahnfeeleugner vorstellen. Das erscheint uns absurd, da es jenseits einer bestimmten Altersgruppe als geteiltes Wissen gilt, dass die Zahnfee schlicht nicht existiert. Ein Leugner jedoch – und zwar jeder Leugner, das ist in diesem Begriff gewissermaßen eingebaut – bestreitet immer einen kollektiv geteilten Wissensbestand. Und die Existenz der Zahnfee ist eben kein solcher geteilter Wissensbestand, daher finden wir die Idee eines „Zahnfeeleugners“ intuitiv abwegig.

Der Knackpunkt ist hier der „kollektiv geteilte Wissensbestand“, also das, was mehr oder weniger „im Allgemeinen“ als „wahr“ oder als „richtig“ betrachtet wird. Verstehe ich Sie korrekt?

Ja, die geteilten Wissensbestände einer Gruppe definieren das, was in dieser Gruppe zum „gesunden Menschenverstand“ gehört. Deshalb steht jemand, der als Leugner bezeichnet wird, zwingend außerhalb dieser Gruppe – seine Position ist automatisch irrational und indiskutabel, er gehört nicht mehr dazu, er hat sozusagen das Spielfeld verlassen. Dieser Mechanismus hat übrigens nichts mit dem Sachverhalt zu tun, der da (angeblich) geleugnet

wird. Im Fall des Coronaleugners ist das besonders perfide, da meiner Wahrnehmung nach jenseits der hochspezialisierten Isolat-Diskussion potentiell tödliche Atemwegserkrankungen im Zusammenhang mit Coronaviren von quasi niemandem in der maßnahmenkritischen Bewegung bestritten werden. Aber selbst die mit Definitionsmacht reichlich gesegnete *Tagesschau* spricht zum Beispiel im Zusammenhang mit den Protesten gegen das „Dritte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung“ (auch zu dieser Sprache ließe sich mit Bezug zu den Kollateralschäden einiges sagen) in Berlin am 18.11.2020 von „Coronaleugnern“.

Der „Schwurbler“ funktioniert im Grunde ähnlich, hier geht es jedoch eher um unterstellte intellektuelle, argumentative oder rhetorische Defizite.

Sie haben in dem Video-Interview ja bereits über eine manipulierende Sprache in der Berichterstattung gesprochen. Lassen Sie uns bitte darauf nochmal näher eingehen.
Wie schürt der Journalismus im Hinblick auf die Pandemie durch Sprache Stimmung und manipuliert?

Abseits der bisher besprochenen sprachlichen Abwertung und Ausgrenzung politischer Gegner findet nach meiner Einschätzung eine sprachliche Manipulation schon auf einer viel grundlegenderen Ebene statt, nämlich beim journalistischen Informieren über Sachverhalte.

Was meinen Sie?

Gestern beispielsweise berichtete der Spiegel – wie ununterbrochen seit 18 Monaten – über „11.547 Corona-Neuinfektionen binnen eines Tages“.

Wo ist das Problem?

Als Infektion gilt hierbei ein positiver Test und zwar unabhängig von klinischen Symptomen. Diese Redeweise resultiert noch aus der WHO-Definition eines „bestätigten Falls“ vom 31. Januar 2020, die wiederum auf der Grundlage eines Briefs (nicht einer Studie) von Christian Drosten und 16 Münchener Medizinern an das *New England Journal of Medicine* vom 30. Januar 2020 erfolgte. Er berichtete hier von einer Übertragung durch eine „symptomlose Infizierte“. Bereits am 3. Februar 2020 berichtet jedoch das Magazin *Science* zu den asymptomatischen Infektionen: „[Es] stellt sich heraus, dass diese Information falsch war. […] Die Forscher haben […] nicht mit der Frau gesprochen, bevor sie die Studie veröffentlichten. […] Im Nachhinein haben Beamte des Robert-Koch-Instituts (RKI) und des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit jedoch mit der Patientin aus Shanghai telefoniert, und es stellte sich heraus, dass sie in Deutschland

tatsächlich Symptome hatte.“ In dem Artikel heißt es außerdem: „Ich finde es schade, wie das gelaufen ist, aber ich glaube nicht, dass irgendjemand hier Schuld hat‘, sagt der Virologe Christian Drosten von der Charité in Berlin, der die Studie im Labor durchgeführt hat und einer der Autoren [nicht einer Studie, sondern des Briefs] ist.“

Am 8.6.2020 bestätigt die WHO schließlich, dass asymptomatische Personen mit positivem PCR-Test die Krankheit „sehr selten“ übertragen.

Am 14.12.2020 trägt die WHO diesem Sachverhalt dann endlich in ihrer „Notice for IVD users 2020/05“ Rechnung, indem sie schreibt, dass im Zusammenhang mit einer Sars-CoV-2-Testung sowohl klinische Symptome, die Patientengeschichte als auch epidemiologische Informationen zu berücksichtigen sind – und zwar sowohl bei positiven als auch negativen Testergebnissen.

Was heißt das?

Das heißt, dass man allein auf Grundlage eines positiven Tests eben nicht mehr von einer „Infektion“ oder gar einem „Fall“ sprechen kann. Im Sprachgebrauch unserer journalistischen Berichterstattung ist das allerdings, wie in dem *Spiegel*-Beitrag sichtbar, bis heute nicht angekommen.

Die Folgen dieses Definitionsproblems hat Frau Merkel dann am 23.6.2021 eindrücklich demonstriert, als sie im Bundestag auf Nachfrage äußerte: „Ein PCR-Test ist positiv. Dann hat der Mensch Sars … Cov … 19“. Es geht hier nicht darum, sich hämisch über einen Versprecher lustig zu machen, der jedem passieren kann. Vielmehr bringt der Versprecher das Definitionsproblem auf den Punkt. Ein positiver PCR-Test kann allein keine Infektion nachweisen und er sagt, wie die WHO feststellt, erst recht nichts über eine Erkrankung aus. „Sars“ und „Cov“ sind Bestandteile der Virusbezeichnung, Frau Merkels „19“ stammt aber aus „Covid-19“, einer Krankheitsbezeichnung. Diese falsche Annahme einer nachgewiesenen Krankheit ist auch der Grund, weshalb Menschen für sechs Monate nach einem positiven Test als „genesen“ gelten, selbst wenn sie möglicherweise nie krank oder noch nicht einmal infiziert waren. Solche Definitionsprobleme ziehen sich durch die gesamte Berichterstattung und sind ja auch hinreichend diskutiert worden, beispielsweise im Zusammenhang mit den Kriterien für die „Corona-Toten“, die etwa beim Spiegel aktuell in einer Infografik mit dem Titel „Opferzahlen“ als „bestätigte Corona-Tote“ gekennzeichnet werden.

Die Folge dieser Form der Kommunikation ist, dass uns als Gesellschaft die Sprache zur sinnvollen Verständigung über wichtige epidemiologische Sachverhalte abhandenkommt.

Ähnliches konnte bereits vor Jahren im Zusammenhang mit der Pandemiedefinition beobachtet werden und seit einiger Zeit geschieht es auch im Zusammenhang mit der Impfthematik.

Mir fallen Begriffe wie „Impfzögerer“, „Impfverweigerer“, „Impfzauderer“ ein. Was sind das für Begriffe? Und: Was für eine Wirkung entfalten sie in der Öffentlichkeit?

Insbesondere beim Impfverweigerer haben wir eine ähnliche Wirkung wie bei dem Begriff Corona-Leugner. Auch wenn es andere Kontexte gibt, in denen man etwas verweigert – etwa die Nahrung beim Hungerstreik – bleibt der prototypische Zusammenhang, in dem jemand etwas verweigert, der des Befehls oder zumindest der nachdrücklichen Aufforderung. Wenn nun die Redeweise des „Impfverweigerers“ normalisiert wird – und das ist längst der Fall – wird auch der mitgedachte vorangegangene Befehl, sich impfen zu lassen, normalisiert.

Diese für viele Menschen scheinbar triviale Entwicklung ist aus meiner Sicht ungeheuerlich. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Absatz aus dem Nürnberger Kodex anführen.

Gerne.

Der Nürnberger Kodex gehört seit seiner Formulierung in der Urteilsverkündung im Nürnberger Ärzteprozess 1947 zu den medizinethischen Grundsätzen in der Medizinerausbildung. Dort heißt es in Punkt 1: „Die freiwillige Zustimmung […] ist unbedingt erforderlich. Das heißt, dass die betreffende Person im juristischen Sinne fähig sein muss, ihre Einwilligung zu geben; dass sie in der Lage sein muss, unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu machen.“ Jeder, der jemals einen medizinischen Eingriff erlebt hat, weiß, wovon hier gesprochen wird und wie die bisherige Praxis, etwa in Krankenhäusern, aussah. Dass mit dieser wichtigen Norm durch die Adressierung des „Impfverweigerers“ im öffentlichen Diskurs nun gebrochen wird, sollte den journalistischen Wächtern unserer Demokratie große Sorgen bereiten. Sie sollten davor warnen, statt sich daran zu beteiligen und wie etwa Rolf Schwartmann vom Portal *web.de* „Impfmuffel“ auch noch als „Volksfeinde“ zu bezeichnen.

Warum treten Journalisten und Politiker beim Thema Impfung mit der verbalen Brechstange an die Bürger heran?

An dieser Stelle muss ich leider passen. Die Impfrate von Singapur ist mit 80 Prozent eine der höchsten der Welt. Gleichzeitig kämpft das Land aktuell mit einer Rekord-Infektionswelle. In Irland sind 54 Prozent der Covid19-Patienten auf der Intensivstation

doppelt geimpft . In Deutschland wird sich zudem ein knappes Drittel der Bevölkerung (diese Zahl schwankt wegen Unsicherheiten bei der Erfassung im Moment jedoch zurzeit stark) diesem Eingriff offenbar nicht freiwillig unterziehen. Gleichzeitig hat Frau Merkel immer wieder aus Gründen, die nur ihr selbst bekannt sind, geäußert: „Die Pandemie ist erst beendet, wenn alle Menschen geimpft sind“. Ich denke, die Brechstange resultiert aus diesem Spannungsverhältnis.

Worauf sollten Bürger achten, wenn sie die Berichterstattung verfolgen? Wie kann man gegenüber einer manipulierenden Sprache sensibilisiert werden?

Ein Ratschlag, der häufig gegeben wird und dem ich mich gerne anschließe, wäre, Medienkompetenz zu erwerben. Dazu gehört, nicht nur ein Medium zu konsumieren, sondern die Berichterstattung vieler verschiedener Medien miteinander zu vergleichen und auf ihre Plausibilität und innere Widersprüche hin zu überprüfen. Ein zweiter wichtiger Faktor ist aus meiner Sicht die Nachvollziehbarkeit von Quellen. Gerade in einer komplexen Gesamtlage, wie sie im Augenblick vorliegt, lohnt es sich häufig, direkt zu den Quellen zu gehen. Moderne Suchmaschinen bieten hierbei nahezu grenzenlose Möglichkeiten. Da die digitale Zensur in rasendem Tempo um sich greift und zum Beispiel WHO-Dokumente manchmal im Tagesrhythmus ihre Inhalte ändern oder auch ganz verschwinden, kann Archive.org oft einen Überblick über die Versionsgeschichte geben. Außerdem ist dort eine kolossale Bibliothek beheimatet.

Der genannte Medienvergleich lohnt sich übrigens auch für die Suchmaschinen selbst. Bei vielen Corona-Themen staunt man nicht schlecht, wenn man *Google*-Suchergebnisse und beispielsweise *DuckDuckGo*-Suchergebnisse miteinander vergleicht. Und das Gleiche gilt wiederum für Videoportale. Wenn eine Plattform wie *YouTube* sich damit brüstet, 130.000 Videos aufgrund einer unerwünschten politischen Perspektive zu löschen, kann man das auch als Anregung verstehen, mal bei *Rumble*, *BitChute* oder *Odysee* vorbeizuschauen. Und schließlich sollte man seine Unvoreingenommenheit trainieren und Kontaktschuldvorwürfen sowie Warnungen vor sogenannten Falschinformationen grundsätzlich mit Skepsis begegnen und sie einer gründlichen Prüfung unterziehen.